

Nach Angaben des Ministers stellte die Volksrepublik im Jahre 1986 6 Mio. neue Arbeitsplätze zur Verfügung; die Arbeitslosenrate sei auf ca. 2% begrenzt worden. Ende 1986 betrug die Zahl der Vertragsarbeiter in den staatlichen Unternehmen 5,24 Mio., das waren 1,92 Mio. mehr als im Jahre 1985. Die meisten von ihnen wurden nach den neuen Regeln eingestellt, die der Staatsrat im September 1986 erlassen hatte.

Die Fabrikdirektoren haben nun die Befugnis, Arbeiter, die die Regeln mißachten, zu entlassen. In der Praxis werden solche Arbeiter jedoch normalerweise nur verwarnet. Im Jahre 1986 hatten sich in der Provinz Liaoning 30% von ca. 4.000 Arbeitern, die gegen die Regeln verstoßen hatten, gebessert, nachdem sie verwarnet worden waren. (XNA, 1.5.1987) -lou-

Taiwan

*(35)

Aktuelle statistische Daten

Wirtschaftswachstum

Im ersten Quartal 1987 betrug das Bruttosozialprodukt (BSP) 737,1 Mrd.NT\$ (z.Zt. 31,40 NT\$ = 1 US\$), damit wurde ein reales Wachstum von 11,5% gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres erzielt. Nach Schätzung des Amtes für Statistik und Budget soll die Zuwachsrate für das zweite Quartal bei 9,75% und für das ganze Jahr bei 9,1% liegen (die ursprüngliche Schätzung waren 8%). Das Pro-Kopf-BSP für 1987 wird auf 4.720 US\$ geschätzt, 27,4% höher als 1986 (LHB, 28.5.87). Laut Meldung der Central News Agency (deutsch, 7.5.87) sind die durchschnittlichen Familieneinkommen von 1982 bis 1986 um 57,74% gestiegen. Im Vorjahr teilten sich statistisch gesehen 78,79% von 1.000 Einwohnern einen Pkw (1982: 57,08%), Haushalte mit Telefon stiegen im gleichen Zeitraum um 29,88% auf 306,57 pro 1.000 Einwohner.

Außenhandel

Im April verzeichneten sowohl die Exporte mit 4,4 Mrd.US\$ als auch die Importe mit 2,81 Mrd.US\$ jeweils einen neuen Monatsrekord von +39,8% bzw. +44,6% gegenüber dem entsprechenden Vergleichsmonat des Vorjahres. Obwohl die Im-

porte infolge der Aufwertung der einheimischen Währung sowie der Zollsenkung schneller zunahm als die Exporte, wies die Bilanz immer noch einen Exportüberschuß von 1,59 Mrd.US\$ auf.

In den ersten vier Monaten d.J. lag das Exportvolumen mit 15,6 Mrd. US\$ und das Importvolumen mit 9,8 Mrd.US\$ um jeweils 35,9% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum (in NT\$ gerechnet, betrug die Steigerungsrate der Exporte 20,7% und die der Importe 20,8%). Daraus ergab sich ein Exportüberschuß von 5,8 Mrd.US\$ (im Vorjahresvergleichszeitraum 4,25 Mrd.US\$). (LHB u. ZYRB, 7.5.87; CP, 8.5.87)

Taiwans Exporte nach Europa sind in den ersten vier Monaten mit einem Wert von 2,23 Mrd.US\$ (ein Anteil von 14,3% am Gesamtexportwert) um 73,2% oder 940 Mio.US\$ gegenüber dem Vergleichszeitraum des vorigen Jahres gestiegen. Exportzuwachsrate nach den wichtigsten EG-Ländern: Frankreich +79,9%, Italien +79%, Holland +70,9%, Bundesrepublik Deutschland +65,1%, Großbritannien +62,2% und Belgien +40,9% (Central News Agency, deutsch, 11.5.87).

Neuen Monatsrekord erreichte im April auch der Gesamtwert der eingegangenen Exportaufträge - er belief sich auf 4,35-4,55 Mrd.US\$, 6% über dem März-Ergebnis und 34,84% über dem Vergleichsmonat des letzten Jahres. Die Aufträge aus Europa stiegen gegenüber April 1986 um 67,49%, aus Japan um 62,5%, aus Kanada um 59,77%, aus Singapur um 46,77% und aus den USA um 30,29% (LHB, 20.5.87; Central News Agency, deutsch, 29.5.87).

Investitionen

Das Investitionsvolumen betrug im ersten Quartal d.J. 119,7 Mrd.NT\$, eine reale Steigerung um 19,46% gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode; davon entfallen 24,73% auf private Investitionen, 21,56% auf öffentliche Unternehmen und 7,45% auf Regierungsvorhaben. Der Import von Investitionsgütern ist im ersten Quartal um 56% und im April um 60% gegenüber dem jeweiligen Vergleichszeitraum des Vorjahres gestiegen (LHB, 28.5.87).

In den ersten vier Monaten 1987 wurden ausländische Investitionen in Höhe von 400 Mio.US\$ genehmigt, eine Zuwachsrate von 226%

gegenüber dem gleichen Zeitraum 1986. Allein aus Hongkong wurden Investitionsanträge in Höhe von über 105 Mio.US\$ genehmigt (16-facher Anstieg). Die ungewöhnliche Zunahme veranlaßt zu dem Verdacht, daß es sich dabei zum großen Teil eher um Arbitrage heißen Geldes als um echte Investitionsinteressen handelt (LHB, 11.5.87).

Leistungsbilanz

Nach vorläufigen Schätzungen hatte Taiwan im 1.Quartal 1987 in seiner internationalen Leistungsbilanz ein Aktivsaldo von rd. 4,9 Mrd.US\$ zu verzeichnen, 69% oder 2 Mrd.US\$ höher als das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (LHB, 4.5.87).

Fremdenverkehr

In den ersten vier Monaten wurden 569.298 Touristen aus dem Ausland registriert, 11,3% oder 57.627 mehr als im Vergleichszeitraum 1986 (ZYRB, 15.5.87).

Preise

Die durchschnittlichen Verbraucherpreise stiegen in den ersten vier Monaten um 1,15% gegenüber der Vorjahresperiode, dagegen fielen die Großhandelspreise um 3,71%. Beim Monatsvergleich lagen die Verbraucherpreise im April um 0,38% höher als im März und die Großhandelspreise um 0,63% niedriger (LHB, 7.5.87). Ende April hat die Geldumlaufmenge (M1B) beim Jahresvergleich um 52,1% zugenommen, eine Rekordhöhe seit 15 Jahren, Ende März lag die Jahreszuwachsrate von M1B noch bei 48,9% (LHB, 26.5.87). Das Gesamtvolumen der Sparguthaben bei allen Geldinstituten betrug Ende April über 3.500 Mrd.NT\$ (Jahreszuwachsrate 27,7%), das Gesamtvolumen der Kredite und Investitionen über 2.100 Mrd.NT\$ (LHB, 26.5.87). Der private Verbrauch nahm im ersten Quartal gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres um 7,37% zu (LHB, 23.5.87), die Preise von Importwaren sanken beim selben Vergleich um 14% (LHB, 4.5.87). All dies sind wohl Gründe dafür, daß die Preisstabilität trotz der Geldexpansion bislang noch anhält.

Devisenreserven

Ende Mai näherten sich die Devisenreserven der Zentralbank einem Stand von 59 Mrd.US\$, ein Überschreiten der Grenze von 60 Mrd.US\$ wird noch im Juni erwartet (LHB, 30.5.87). Am 21.Mai legte die Regierung dem Parlament einen Entwurf zur Novellierung

der Devisenkontrollbestimmungen vor. Wenn die Gesetzesänderung vom Gesetzgebungsyuan noch in dieser Sitzungsperiode verabschiedet wird, kann der Devisenverkehr im Juni oder Juli noch weiter liberalisiert werden (ZYRB u. LHB, 22.5.87).

Arbeitsmarkt

Im April belief sich die Zahl der Beschäftigten auf 7.840.000. Die Arbeitslosenquote lag mit 1,72% auf dem tiefsten Stand seit fünf Jahren. Insgesamt waren 137.000 Personen arbeitslos, 45.000 oder 24,4% weniger als im April 1986. Im März lag das Monatseinkommen eines Lohn- bzw. Gehaltsempfängers in der Herstellungsindustrie im Durchschnitt bei 14.000 NT\$, 7,75% höher als im gleichen Monat vor einem Jahr. Der Durchschnittsmonatsverdienst aller Arbeitenden ist im 1.Quartal gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 12,28% auf 16.600 NT\$ gestiegen (LHB, 29.5.87).

Bevölkerungswachstum

Im Vorjahr fiel die Geburtenrate auf 1,75% gegenüber 2,2% im Jahre 1982. Das Bevölkerungswachstum sank von 1,8% auf 1,2%. Sollte der Trend anhalten, befürchtet man bis zum Jahr 2020 bereits ein Nullwachstum (Central News Agency, deutsch, 14.5.87). -ni-

*(36)

Staatshaushalt mit erheblichen Streichungen vom Parlament verabschiedet

Der Staatshaushalt für das kommende Finanzjahr (1.7.1987-30.6.1988) wurde am 30.Mai mit Streichungen in der Rekordhöhe von rund 12,06 Mrd.NT\$ (31,40 NT\$ = 1 US\$) oder 2,75% des Gesamtvolumens vom Gesetzgebungsyuan verabschiedet. Im Regierungsentwurf waren ursprünglich 479,67 Mrd.NT\$ (nach unten abgerundet) jeweils für Ausgaben und Einnahmen veranschlagt. Nach der Revidierung im Parlament belaufen sie sich nur noch auf 467,6 Mrd.NT\$. Die Ausgaben für Verteidigung und Außenpolitik wurden um zusammen 131,2 Mio. NT\$ auf 175,787 Mrd.NT\$ reduziert. Mit einem Anteil von über 36% an den Gesamtausgaben (ursprünglich 36,7%) stellen sie nach wie vor den größten Posten dar. Ihnen folgen die Ausgaben für Sozialpolitik in Höhe von 85,373 Mrd.NT\$. Da diese von den

Streichungen nicht betroffen wurden, stieg ihr Anteil an den Gesamtausgaben von 17,8% auf 18%.

Die Haupteinnahmen des Staates kommen aus Steuern und Monopoleschäften. Sie sollen gegenüber dem Regierungsentwurf um rd. 998 Mio.NT\$ auf 263,52 Mrd.NT\$ erhöht werden. Damit würde ihr Anteil an den Gesamteinnahmen von 54,7% auf 56,4% steigen. Durch die Drosselung der Ausgaben und Erhöhung der Einnahmen soll sich das Defizit um 7.869,4 Mio.NT\$ auf 66,1 Mrd. NT\$ verringern, was 15,4% der Gesamtausgaben entspricht. Zur Auffüllung des Haushaltslochs soll die Regierung öffentliche Anleihen in Höhe von 59,5 Mrd.NT\$ emittieren, was 12,6% der Gesamteinnahmen entspricht. Im Unterschied zu früher hat die Regierung diesmal absichtlich eine Expansionshaushaltspolitik geplant, um Investitionen zu fördern und den großen Volksparsnisüberschuß abzubauen (ZYRB, 31.5.87, vgl. auch 17.3.87). -ni-

*(37)

Weitere Gefängnisentlassungen von Dissidenten

Am 30.Mai, dem Vorabend des traditionellen chinesischen Drachenbootfestes (der 5.Tag des 5.Monats nach dem chinesischen Mondkalender), hat das Verteidigungsministerium sechs Regierungsgegner, die unter Beschuldigung der Rebellion vom Militärgericht zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, auf Bewährung vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen. Unter ihnen sind zwei bekannte Dissidenten, Huang Xinjie (59) und Zhang Junhong (49), die nach den Krawallen anlässlich einer Demonstration für Menschenrechte am 10.Dezember 1979 in der südtaiwanesischen Stadt Gaoxiong (Kaohsiung) verhaftet und zu 14 bzw. 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren. Vor ihnen waren bereits fünf andere vom Militärgericht im gleichen Prozeß zu Freiheitsstrafen von je 12 Jahren verurteilte Dissidenten vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden. Darüber hinaus sind inzwischen alle 33 vom Zivilgericht im Zusammenhang mit den genannten Unruhen zu verschiedenen hohen Freiheitsstrafen verurteilten Dissidenten ebenfalls auf freiem Fuß. Es bleibt jetzt nur noch Shi Mingde (46) im Gefängnis, der wegen der gleichen Affäre vom Mili-

tärgericht zum zweiten Mal zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt wurde.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums sind in den letzten Jahren insgesamt 81 Gefangene, die unter Beschuldigung der Rebellion vom Militärgericht zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, vorzeitig freigelassen worden (ZYRB u. LHB, 31.5.87). Mit der Freilassung von Huang Xinjie und Zhang Junhong, die kurz nach dem friedlichen Ablauf einer Demonstration der Opposition gegen den Ausnahmezustand am 19.Mai in Taipei erfolgte, will die Regierung, so die allgemeine Meinung, ein Signal für die Fortsetzung der politischen Liberalisierung setzen. -ni-

*(38)

Große Demonstration der Opposition

Am 19.Mai veranstaltete die neue oppositionelle Partei Minjindang (MJD) in Taipei eine Massendemonstration gegen den langwierigen Ausnahmezustand, der vor genau 38 Jahren, d.h. am 19.Mai 1949, über die Insel verhängt wurde. In einem Interview mit Reportern der *Washington Post* und *Newsweek* hatte Jiang Jingguo (Chiang Chingkuo), Staatspräsident und Vorsitzender der Regierungspartei Guomindang (GMD), am 7.Oktober des vorigen Jahres bereits angekündigt, möglichst bald den Ausnahmezustand aufzuheben und die Bildung neuer politischer Organisationen zuzulassen. Allerdings machte er die Ausarbeitung eines nationalen Sicherheitsgesetzes zur Voraussetzung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes und nannte zugleich drei Vorbedingungen für die Gründung neuer Parteien: Respektierung der Verfassung und des Staatssystems, Antikommunismus und Ablehnung des Separatismus der taiwanesischen Unabhängigkeitsbewegung (d.h. gegen einen Verzicht auf Wiedervereinigung Chinas).

Anfang d.J. unterbreitete der Exekutivyuan (Kabinett) dem Gesetzgebungsyuan (Parlament) eine Vorlage des geplanten "nationalen Sicherheitsgesetzes für die Periode der Mobilmachung zur Bekämpfung der Rebellion", nach dem alle Versammlungen und Organisationen von Bürgern der Verfassung und der antikommunistischen Politik des Staates nicht widersprechen sowie separatistische Gedanken

nicht befürworten dürfen. Da unter solch vagen Definitionen oppositionelle Organisationen weiterhin von der Regierung verboten werden können, lehnt die MJD ein nationales Sicherheitsgesetz kategorisch ab und fordert die sofortige und bedingungslose Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Ursprünglich war die Demonstration für den 19. April d.J. vor dem Präsidentenpalast geplant. Sie wurde verschoben, weil es einerseits innerhalb der MJD Meinungsverschiedenheiten der parlamentarischen und außerparlamentarischen Opposition gab und andererseits die Regierung den Oppositionellen damit drohte, eine Demonstration vor dem Präsidentenpalast notfalls mit Gewalt zu verhindern. Schließlich einigten sich die Oppositionellen verschiedener Gruppen darauf, die Aktion auf den 19. Mai zu verlegen. Um das Risiko direkter Konfrontation mit den Sicherheitstruppen zu vermeiden, wurde der vom Präsidentenpalast 5 km entfernte Platz vor der Gedenkhalle für den Staatsvater, Sun Yatsen, als Versammlungsort gewählt.

Auch 1986 hatten am 19. Mai über 100 Regierungsgegner eine Demonstration gegen den andauernden Ausnahmezustand in Taipei veranstaltet. Sie wurden damals von 1.200 Polizisten am Longshan Tempel, dem Versammlungsort, den ganzen Tag eingekreist und konnten daher nicht, wie beabsichtigt, weiter zum Präsidentenpalast marschieren. Die Zahl der Teilnehmer an der jüngsten Demonstration wurde von der Regierung bzw. Regierungspartei nahestehenden Presse auf 1.000-3.000 geschätzt (CP u. ZYRB, 20.5.87), während die Opposition und andere von 10.000-20.000 Teilnehmern sprachen (Jiushi Niandai, Hongkong, Juni 1987, S.55; Taiwan Gonglunbao, USA, 21.5.87). Die Regierung setzte über 20.000 Polizisten und Soldaten sowie Stacheldraht ein, um den Marsch der Demonstranten zum Präsidentenpalast zu verhindern. Darüber hinaus veranstalteten 200-300 Rechtsradikale nicht weit von der Sun Yatsen-Gedenkhalle eine Gegendemonstration und schworen, "den Präsidentenpalast zu verteidigen". Doch es kam zu keiner Auseinandersetzung, alle Seiten verhielten sich maßvoll. Ein starker Regen trug vermutlich zur Abkühlung der Stimmung bei. -ni-

Hongkong und Macau

*(39)

Undurchsichtiges "Grünes Papier" über politische Reform in Hongkong herausgegeben

Die Regierung von Hongkong gab am 27. Mai ein von allen Seiten mit Spannung erwartetes "Grünes Papier" über politische Reformen während der Übergangszeit bis zur Rückgabe Hongkongs an China im Jahre 1997 bekannt (Auszug in TKB, 28.5.87).

Bereits im "Weißen Papier" vom November 1984 hatte sie zum Ausdruck gebracht, zur Einführung einer parlamentarischen Demokratie ab 1988 zunächst einige, dann schrittweise immer mehr Legco-Mitglieder (Abgeordnete im Legislativrat) direkt vom Volk wählen zu lassen. Noch am 27. September 1985 wurden insgesamt 24 Abgeordnete durch Bezirksvolksvertretungsorgane bzw. Berufsorganisationen indirekt gewählt.

In dem neuen Dokument zeigt sich die Regierung allerdings wieder zurückhaltend und vertritt einen undurchsichtigen Standpunkt. Anstatt einer richtungsweisenden Entscheidung stellt sie darin vier alternative Modelle für die Wahlen zum Legislativrat vor:

- keine direkte Wahlen,
- im Prinzip teilweise direkte Wahlen, aber nicht schon 1988,
- zusätzlich zu den bestehenden Abgeordneten kategorien teilweise direkte Wahlen territoriumsweit oder mit Aufteilung in Wahlbezirke,
- teilweise direkte Wahlen anstelle der indirekten Wahlen nach der geographischen Komponente.

Die chinesische Seite, die 1984 die im o.a. "Weißen Papier" erwähnte Einführung einer parlamentarischen Demokratie in Hongkong in der letzten Periode der britisch-kolonialen Herrschaft scharf kritisiert hatte, warnte die Hongkonger Regierung in letzter Zeit wieder energisch vor einer Durchführung von direkten Wahlen zum Legco. Es heißt in ihrer Argumentation, daß jegliche politische Reform mit dem künftigen Grundgesetz für Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone (das z.Zt. von der VR China noch nicht fertig ausgearbeitet ist) konform gehen müsse.

Im Anhang I des sino-britischen Abkommens über Hongkong machte die chinesische Regierung zwar die Zusage, daß das Legislativorgan Hongkongs als Sonderverwaltungsgebiet Chinas gewählt wird, doch wird nicht erklärt, ob durch direkte oder indirekte Wahlen. Man glaubt, daß die Hongkonger Regierung auf die chinesische Warnung hin vom ursprünglichen Standpunkt für direkte Wahlen abgewichen sei. Zwar trifft sie die Entscheidung über die Wahlform erst nach einer Ansammlung öffentlicher Meinungen über das "Grüne Papier" bis Ende September, doch scheint die Chance eines Beschlusses zu direkten Wahlen schon so gut wie ausgeschlossen zu sein. Im Hinblick auf eine Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität Hongkongs wollen auch viele einheimische chinesische Persönlichkeiten wie z.B. Sir Sze-yuen Chung, Seniorsmitglied des Exekutivrats der Kolonialregierung, auf das Modell direkter Wahlen lieber verzichten (TKB u. FEER, 7.5.87) -ni-

*(40)

Offshore-Banken-Gesetz in Macau

Die Regierung von Macau hat am 5. Mai ein Gesetz für Offshore-Banken erlassen, das durch günstige Rahmenbedingungen mehr ausländische Geldinstitute in die Kolonie anziehen soll. Danach braucht eine Offshore-Bank bei Kreditgewährung an eine nicht in Macau ansässige Person sich nicht der üblichen Einschränkung auf maximal ein Drittel ihres Kapitals zu unterwerfen. Unter bestimmten Bedingungen darf sie auch innerhalb des Territoriums Geschäfte wie z.B. zinslose laufende Einlagen, Sicht- oder kurzfristige Einlagen von über 250.000 Pataca (7,89 Ptc = 1 US\$) sowie Emission von Wertpapieren, Sparbriefen usw. tätigen.

Für die Gründung einer Offshore-Bank benötigt man ein Kapital von mindestens 15 Mio. Pataca (1,9 Mio. US\$). Wenn es sich dabei um eine Niederlassung handelt, müssen 90% des Kapitals im Besitz der Muttergesellschaft sein. Die jährlichen Gebühren für die Aufsichtsstelle betragen 100.000 Pataca und die Büromiete 180.000 Pataca (DGB, 11.5.87; FEER, 21.5.87; AWSJ, 7.5.87).

1983-84, als Hongkong in den ersten Phasen der sino-britischen Verhandlungen aus Ungewißheit über seine Zukunft tief beunruhigt